

Rauchende Ungeheuer

DDR-Umweltinitiativen nutzen die neue Freiheit: Mit einem Dachverband und einer Grünen Partei wollen sie für den „ökologischen Umbau“ streiten.

Der Zorn des Mannes ist unüberhörbar. Jahrelang, so berichtet Hans-Georg Knoch, Professor der Medizinischen Akademie in Dresden, habe er seine Vorträge „nur hinter verschlossenen Türen“ halten können, wer zuhören wollte, mußte seinen Ausweis vorlegen und sich registrieren lassen. Wissenschaftliche Veröffentlichungen wurden zensiert oder „waren ganz unmöglich“.

Dienstag vergangener Woche war die Zeit des erzwungenen Schweigens vorbei. In einer Sondersendung erfuhren Millionen Zuschauer des DDR-Fernsehens von jener „erschreckenden Bilanz“, die Knoch und seine Kollegen seit Jahren in den Kliniken der SED-Republik fortschreiben.

Die Luftverschmutzung in der Deutschen Demokratischen Republik, so stellte der engagierte Mediziner klar, „macht die Menschen krank“. Allein im Raum Dresden habe sich die Zahl der asthmakranken Kinder in den letzten 20 Jahren versechsfacht, von zwei auf zwölf Prozent. Zugleich steige die Zahl der Bronchitiskranken, mehr als ein Drittel aller Krankenschreibungen seien darauf zurückzuführen. Angesichts dieser Entwicklungen, so Knoch, „bin ich in großer Sorge um die Gesundheit weiter Teile der Bevölkerung“.

Informationen solcher Art werden das DDR-Volk demnächst noch häufig erschrecken. Denn überall im ostdeutschen Staat, von Rostock bis Suhl, von Eisenach bis Cottbus, streifen Hunderte von Umweltinitiativen die Fesseln staatlicher Gängelung ab und fordern ein, was die SED-Politbürokratie jahrzehntelang als Staatsgeheimnis behandelte: die Wahrheit über das ökologische Katastrophenland DDR.

Weil die Wirtschaftslenker in der Berliner SED-Zentrale über Jahrzehnte auf veraltete Technologien und eine abenteuerliche Energiepolitik setzten, steuerten sie ihr Land an

den Rand des ökologischen Zusammenbruchs auf breiter Front.

So ließen sie etwa die Energieproduktion, als in den siebziger Jahren die Ölpreise stiegen, rigoros auf die Nutzung der heimischen, hochschwefelhaltigen Braunkohle umstellen, ohne in entsprechende Filteranlagen zu investieren.

Drei Dutzend veraltete Großkraftwerke und über 300 Heizanlagen verpesten seitdem die Luft in den Ballungsräumen mit jährlich rund sechs Millionen Tonnen Schwefeldioxid (SO₂), mehr als das Dreifache der Menge, die in der (zweieinhalbmal so großen) Bundesrepublik aus den Schornsteinen



Ost/West-Öko-Demo in Berlin*
„Dreck Dankend Refour“

kommt. In der Folge sind, wie kirchliche Umweltgruppen ermittelten, schon drei Viertel der Wälder des Landes schwer geschädigt, in Städten wie Leipzig oder Karl-Marx-Stadt gehört der Smog zum Alltag.

Zu traurigem Ruhm, auch in der DDR, kam vor allem die völlig veraltete Kohleverschwelungsanlage Espenhain südlich von Leipzig, wo die DDR-Chemieindustrie in jahrzehntealten Öfen Braunkohle „veredelt“. Allein diese „rauchenden Ungeheuer“, so ermittelten örtliche Umweltgruppen, stoßen pro Tag 20 Tonnen SO₂ und über vier Tonnen des hochgiftigen Schwefelwasserstoffs aus. In der Umgebung von Espenhain, berichtete der Pfarrer des benachbarten Dorfes Mölbis in einem von DDR-Umweltgruppen gedrehten Film, müßte eigentlich „365 Tage im Jahr Smog-Alarm“ ausgerufen werden. Statt dessen verordnete die zuständige Bezirksverwaltung eine Zwangsumsiedlung der Bewohner bis 1992.

Angesichts solcher Ignoranz der verantwortlichen Parteimanager wuchs in den vergangenen Jahren zwischen Elbe und Oder eine Umweltbewegung, die weitaus stärker ist, als die alte und neue SED-Führung bisher wahrnahmen.

So fanden sich allein im Schutz der evangelischen Kirchengemeinden gut 50 Umweltinitiativen zusammen. Organisiert im „Netzwerk Arche“, veranstalteten sie Seminare und Protestversammlungen in Kirchen. In ihrem in Handarbeit hergestellten Rundbrief „Arche Nova“ trugen sie jene spärlichen Informationen zusammen, die sie meist im verborgenen recherchieren mußten.

Daneben organisierten sich mehrere tausend Umweltschützer, von den Me-



Braunkohle-Verschmelzungsanlage Espenhain: „365 Tage im Jahr Smog-Alarm“

* Vor dem Schöneberger Rathaus; vorn: Umweltsenatorin Schreyer.

dien in Ost und West kaum wahrgenommen, in den zahlreichen Gruppen der halbstaatlichen „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ (GNU). Diese firmiert zwar bis heute unter dem Dach der SED-Massenorganisation „Kulturbund“, doch viele Gruppen entziehen sich seit langem der Kontrolle von oben.

Erhebliche Erfolge kann etwa die Potsdamer „Arbeitsgemeinschaft für Stadtentwicklung und Umweltschutz“ (Argus) schon für sich verbuchen. Noch im vergangenen Frühjahr von SED-Gewaltigen als „konterrevolutionär“ beschimpft, kann die Gruppe heute auf über 400 Mitarbeiter zählen. Neben einer ungesicherten Giftmülldeponie vor den Toren der Stadt und den Abgasen veralteter Heizwerke brachte vor allem der brachiale Abriß der historischen Altstadt die Bürger gegen den Parteiapparat auf.

Mit Demonstrationen und der Drohung mit Hausbesetzungen erzwang Argus mittlerweile einen Abrißstopp. Zur ersten „Potsdamer Umweltnacht“ am vorletzten Mittwoch strömten über 3000 Demonstranten ins örtliche Stadion und folgten trotz klirrender Kälte stundenlang den Reden der Umweltaktivisten.

Bei der Suche nach der richtigen Organisationsform zur Durchsetzung ihrer Forderungen verstrickten sich die ostdeutschen Umweltkämpfer Ende letzter Woche allerdings erst einmal in Profilierungskämpfe nach westdeutschem Muster.

Anlässlich eines DDR-weiten Delegiertentreffens in den Räumen der Ost-Berliner Be-

kenntnisgemeinde protestierten die Vertreter vieler Basisgruppen energisch gegen einige forsche Berliner Arche-Mitarbeiter, die medienwirksam die Gründung einer Grünen Partei („ökologisch, feministisch, gewaltfrei“) ausgerufen hatten.

Ein solches Vorgehen, an der Basis vorbei, so mußten sich die Parteigründer vorhalten lassen, sei „stalinistisch“ und diskreditiere nur die Grüne Idee. Die große Mehrheit plädierte deshalb zunächst für die Schaffung eines unabhängigen Umweltverbandes. Wenn sich die Bewegung organisiert habe, könne man immer noch eine Partei gründen.

Dagegen setzten die frischgebackenen Grünen das Argument, ihre Gegner betrieben nur das Geschäft der SED. „Die rasante Dynamik der politischen Entwicklung“, verteidigte der Philosophie-Dozent und provisorische Grünen-Sprecher Carlo Jordan die Partei-Initiative, lasse für lange Selbstfindungsprozesse keine Zeit.

Viel Zeit bleibt nach Meinung des Soziologen Roland Maier von der DDR-Akademie der Wissenschaften allerdings auch der SED-Regierung nicht, wenn sie sich nicht bald für die ökologische Sanierung des Landes entscheidet. In einer von Maier letzte Woche veröffentlichten Umfrage äußerten sich mehr als die Hälfte der befragten DDR-Bürger „sehr unzufrieden mit dem Zustand ihrer Umwelt“.

Nicht nur der Mangel an Waren, meint auch der Potsdamer Arzt und Argus-Mitbegründer Matthias Platzek, „treibt die Leute zur Flucht in den Westen, viele fliehen auch vor dem Dreck“. Wenn die DDR eine Zukunft haben solle, „dann führt am ökologischen Umbau unserer Gesellschaft gar kein Weg vorbei“.

Den Stellenwert der Öko-Thematik haben offenbar auch Egon Krenz und

rin Carola Stabe fordert: „Das ganze Elend muß endlich bekanntwerden.“

Dabei könnte ein ökologisches Sofortprogramm relativ rasche Erfolge bringen, zum Beispiel gegen staatlich geförderte Energieverschwendung. Die veralteten Kraftwerke verwandeln nur ein Fünftel der in der Kohle enthaltenen Energie in Strom, der Rest geht als Abwärme verloren. Mit Investitionen für 18 Milliarden Mark, so rechneten Mitarbeiter des Netzwerks Arche aus, ließe sich der Wirkungsgrad der Kohlemeiler so weit erhöhen, daß ein Viertel des Kraftwerkparks stillgelegt werden könnte.

Noch größer ist die Verschwendung in den Haushalten. Bei Heizkosten nahe Null und einem subventionierten Strompreis von acht Pfennig pro Kilowattstunde ist den meisten DDR-Bürgern die Einsparung von Strom und Wärme völlig fremd. Eher ist das Gegenteil verbreitet. „Wer immer denkt, er bekomme zu wenig“, beklagt ein Berliner Öko-Aktivist, „der nimmt sich von dem, was er kriegen kann, reichlich.“ Da gebe es sogar „Leute, die aus purem Frust über diesen verrotteten Staat das heiße Wasser laufen lassen“.

Probleme wird die junge ostdeutsche Umweltbewegung jedoch neben Modrow und seinem wenig glaubwürdigen Umweltminister auch westdeutschen Umweltpolitikern bereiten. Denn „ganz oben auf unserem Forderungskatalog“, erklärt ein Sprecher des Netzwerks Arche, „steht das Ende des Giftmüllimports aus der BRD“.

Nach wie vor nutzen zahlreiche bundesdeutsche Unter-

nehmen und Städte die DDR-Giftkippe in Schönberg bei Lübeck sowie drei weitere Müllgruben in der Umgebung von Berlin als billiges Ventil für jährlich über eine Million Tonnen ihrer giftigen Abfälle. Nach Meinung vieler Umweltschützer wäre keine dieser Deponien in der Bundesrepublik je genehmigt worden.

Daß womöglich auch die DDR-Bevölkerung sich nicht mehr lange „zu Dumpingpreisen zuschießen läßt“ (ein Demo-Sprecher), erfuhr West-Berlins Grüne Umweltsenatorin Michaela Schreyer schon am vorletzten Sonntag auf dem Platz vor dem Schöneberger Rathaus. Erstmals demonstrierten da Ost- und West-Berliner Umweltgruppen gemeinsam gegen den Müllverschub vor ihre Haustüre und forderten vom rot-grünen Senat baldige Abhilfe. Als Organisator der blockübergreifenden Umweltdemo zeichnete die „Müllgruppe BRD-DDR“ (Bloß Rüber Damit – Dreck Dankend Retour).



DDR-Umweltschützer Stabe, Platzek
„Viele fliehen vor dem Dreck“

sein Reform-Premier erkannt. Am Freitag letzter Woche erteilte Modrow dem DDR-Umweltminister Hans Reichelt (Bauern-Partei) den Auftrag, Vorschläge für eine Verminderung der Umweltbelastung durch Braunkohle auszuarbeiten. Geprüft werden sollen Möglichkeiten zum Nachrüsten von Entstaubungs- und Entschwefelungstechnik, aber auch Verlagerung und „Optimierung“ der Produktion. Engagierte DDR-Umweltschützer sehen darin allenfalls erste Ansätze zum Wandel.

Als „Schlag ins Gesicht“ (Platzek) hatten viele ostdeutsche Öko-Aktivisten es schon empfunden, daß Modrow den seit 17 Jahren amtierenden Umweltminister Reichelt wieder in sein Kabinett aufnehmen. Wer so „versagt hat, muß abtreten“, meint Umweltmediziner Knoch. Die Parteiführung, urteilt auch SED-Mitglied und GNU-Sekretär Rolf Caspar, habe wohl „insgesamt nicht begriffen, in welcher schlimmen Situation wir uns befinden“. Und Argus-Spreche-